

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1.) Benennung eines frequentierten Ortes in der Grazer Innenstadt nach dem steirischen Erzherzog Karl II von Innerösterreich

GR. Mag. **Titz** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Titz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich stehe hier nur als Sprachrohr eines Grazer Stadthistorikers, nämlich von Karl-Albrecht Kubinszky, er hat jüngst sehr treffend darauf hingewiesen, zumindest mich vorerst einmal, dass wir in Graz auf eine historische Persönlichkeit völlig vergessen haben, die allerdings das Stadtbild wie kein zweiter überhaupt geprägt hat, nämlich auf Karl II. Das einzige was an diesem Herrscher des 16. Jahrhunderts und an seinen Sohn Friedrich III. topographisch jetzt von der Stadtbenennung her noch erinnert ist zumindest teilweise die Karl-Franzens-Universität und die Karlau, das sein ehemaliges Jagdschloss war, nicht aber hier der Bereich der Innenstadt, den er, wie gesagt, maßgeblich geprägt hat. Es ist sowohl die Grazer Burg auf sein Betreiben hin ausgebaut worden, als auch der Grazer Dom, es ist das Landhaus zu dieser Zeit errichtet worden, ebenso wie die Stadt sich nach Osten geöffnet hat, also über den Karmeliterplatz hinaus. Der Vorschlag würde also lauten, den ich hier propagiere, dass man nach dieser historischen Persönlichkeit tatsächlich einen prominenten Ort in der Innenstadt auch namentlich widmet, es wäre ja dies durchaus auch eine Adresse für zukünftige dort Ansässige. Der Vorschlag würde lauten, hier den Pfauengarten näher in Betracht zu ziehen, da der Pfauengarten keine historische Benennung ist, sondern einfach quasi wie ein Vulgonamen eines ehemaligen Parkplatzes, wo die Pfauen manchmal sich dann auf den Autos entleert haben, aber keinesfalls eine stadtpolitische oder stadthistorisch bedeutsame Benennung ist. Also dieser Platz, der direkt an Karls Residenz oder an die Stadtmauer, die Karl errichten hat lassen, grenzt. Das wäre ein Vorschlag, andere können noch vorgebracht werden.

Ich würde ersuchen und stelle hiermit namens der ÖVP-Fraktion den Antrag: dass man dieser eminent wichtigen historischen Persönlichkeit auch im Rahmen einer innerstädtischen Benennung die Ehre erweist. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, in unserer letzten BIG-Ausgabe hat Karl Albrecht Kubinsky darauf hingewiesen, es ist also nicht sein persönliches Anliegen, dass es einen Karlsplatz in Graz gibt, sondern es ist ihm ein inneres Anliegen, dass wir auch aus der Stadtgeschichte heraus auf diese Persönlichkeit nicht vergessen und wir werden das prüfen lassen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Die politische Bedeutung von Karl II. wurde in Graz zumindest topographisch bisher völlig ignoriert.

Die Zeit als er und sein Sohn Ferdinand II in der Grazer Burg residierten, stellt für Graz die wichtigste Epoche seiner Geschichte dar.

Es waren 55 Jahre, in denen die Stadt ihre bauliche Struktur maßgeblich erhielt.

Graz war damals das Zentrum der Gegenreformation: Die Universität wurde gegründet, das Landhaus errichtet und die heutige Altstadt ausgebaut und im Osten erweitert.

Es entstanden Palais und Bürgerhäuser, die noch immer Graz zur Zierde und Ansehen gereichen.

Die Jesuiten brachten neben ihrer religiösen Tätigkeit auch internationale Gelehrsamkeit und Kultur in die Stadt.

Graz war damals ein Zentrum der internationalen Politik. Es würde der Ehrung seiner Person gerecht, Karl II. eine Straße oder einen Platz namentlich zu widmen.

Kein Grazer denkt beim Stichwort „Karlau“ an den Erzherzog, der Name ist nun inhaltlich anders besetzt.

Insbesondere jener Platz, der nun inoffiziell als „Pfauengarten“ bezeichnet wird (ein Name der keine historische Tradition besitzt) würde sich für eine Namensgebung in „Karlsplatz“ anbieten.

Der Platz ist separiert vom benachbarten Karmeliterplatz nahe Karls ehemaliger Residenz und wird durch die von ihm errichtete Stadtmauer begrenzt.

Künftige Bauten hätten dort eine renomable Adresse.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP – Gemeinderatsclubs darf ich die

A n f r a g e

stellen, ob Du bereit wärst, dieser für die Stadtgeschichte so eminent wichtigen Persönlichkeit durch die Benennung eines Ortes in der Grazer Innenstadt zu gedenken.

2) Fertigstellung Bad Eggenberg

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Herr Bürgermeister, du hast den Motivenbericht schon vorweg genommen. Ich darf dich fragen, ab wann diese neue Einrichtung den GrazerInnen und vorrangig den Bewohner meines Heimatbezirkes zur Verfügung stehen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, ich freue mich ja einmal, dass wir nicht auf die Bundeszusagen von Alfred Gusenbauer und andere zurückgreifen müssen, um wirklich eröffnen zu können, sondern dass wir dieses Bad einmal auf eigenes Risiko hin jetzt auch gebaut haben und ich hoffe, dass auch die Landes- und Bundesmittel, die beide noch für den

erhöhten Bedarf ausständig sind, eines Tages kommen werden, sonst könnten wir es nämlich gar nicht aufsperrern. Aber weil du ganz konkret fragst, was ist da los, und es ist in den Zeitungen, zumindest in einer Zeitung auch sehr negativ dargestellt worden, das Bad ist fertig, der Wellnessbereich war noch nicht fertig, und ich habe nicht viel davon gehalten, dass wir das Bad eröffnen und mit dem Wellnessbereich daneben noch eine Baustelle haben. Deswegen haben wir diese Weihnachtstage noch übersprungen, wir werden jetzt dann in einen Testbetrieb mit Schülern übergehen und es wird dann im Februar zur Eröffnung kommen.

Zwischenruf GR. Kolar: Testbetrieb mit Schülern?

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit Schülerinnen und Schülern, die die Möglichkeit bekommen sollen nur im Schwimmteil, weil die warten schon darauf, die Schulen, dass man mit denen beginnt und dass wir dann Mitte Februar eine große Eröffnung haben werden, auf die sich schon alle freuen, du im Speziellen, und vielleicht kannst du auch so lieb sein und die eine oder den anderen auf Bundes- und Landesebene noch bezirzen, damit auch diese restlichen Millionen Richtung Stadt Graz fließen, würde mich sehr bedanken bei dir, Herr Kolar (*Applaus ÖVP*). Aber wie gesagt, der wahre Grund, das Bad ist fertig, aber der Wellnessbereich noch nicht.

Motivenbericht nur schriftlich:

Ursprünglich war davon ausgegangen worden, dass das Bad Eggenberg noch in diesem Jahr den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stehen wird – ab Oktober, so der ursprüngliche Zeitplan, hätte das Hallenbad in Betrieb sein sollen. Nachdem

bereits einmal der Eröffnungstermin auf Jahresende rückverlegt wurde, scheinen nun weitere Verzögerungen aufzutreten: Denn laut Medienberichten ist auch zu Jahreswechsel nicht damit zu rechnen, dass das Bad Eggenberg seine Pforten öffnet – angeblich muss dann noch eine mehrere Wochen dauernde Testphase durchgeführt werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ab wann nun tatsächlich das Bad Eggenberg den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stehen wird, nachdem der ursprünglich avisierte Eröffnungstermin im Oktober bereits auf Jahreswechsel verschoben wurde und nunmehr angeblich zusätzlich ein mehrwöchiger Testlauf vor der Eröffnung eingeschoben werden muss?

3) Feinstaubticket/Fairere und gerechtere Vergabe

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Ich werde logischerweise meine politischen Möglichkeiten nutzen, Herr Bürgermeister. Zum Zweiten, da geht es eigentlich schon um eine bisschen haarigere Geschichte. Dieses tolle Projekt Feinstaubticket, Frischluftticket ist ja toll abgefeiert worden von der Regierung als tolles, grandioses Projekt. Es hat viel Aufregung, Emotion und auch kritische Stimmen dazu gegeben. Ich möchte ganz konkret hier ansprechen, dass die Vergabe letztendlich unterschiedlichen Ärger ausgelöst hat, vielleicht auch ein paar positive Dinge, aber unterschiedlichen Ärger und den möchte ich hier kurz ansprechen, nämlich für all jene, die schon normale Halbjahreskarten

bezahlt haben, dass denen letztendlich auch einiges an Geld entgeht und letztendlich auch, dass es auch hier bei der Vergabe zu nicht gerade fairen Verhalten gekommen ist. Ich möchte nur einen Bereich ansprechen und das sind die Arbeiternehmer und Arbeitnehmerinnen, die grundsätzlich wenig Möglichkeit gehabt haben, sich hier in der Früh anzustellen oder auch Internetzugang zu haben, deswegen die Frage: wenn das noch einmal kommt, ob du bereit bist, eine dementsprechende Evaluierung vorzunehmen, damit auch diese Personengruppe der Stadt die Möglichkeit hat, sich dann an diesem Ticket zu beteiligen und am Verkauf des Tickets zu beteiligen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Die Frau Vizebürgermeisterin, der damals zuständige Landesrat der SPÖ für den Umwelt- und Verkehrsbereich und ich haben damals beschlossen, dass wir uns einmal drübertrauen sollen, neben den günstigen Halbjahres- und Jahrestickets, die wir sowieso schon haben, so eine Art Kundenakquisitionsprogramm zu starten und ein Feinstaubticket überhaupt aufzulegen. Es sind durch Zuschüsse des Landes und der Stadt Graz sind diese Karten erst ermöglicht worden und sollten in erster Linie Menschen ansprechen, nicht aus einem Sozialgedanken heraus, sondern eher aus dem Gedanken des Umsteigens heraus zu sagen, ich lasse einmal meinen Wagen stehen und probiere es einfach einmal mit einem solchen Ticket meine Fahrdauer in der Winterzeit einfach zu reduzieren. Die Tickets wurden uns so aus der Hand gerissen, 5000 Stück, an einem Vormittag, in der Form ja, sage ich, hat gar keiner gerechnet, dass das gleich über nur wenige Stunden geht. Da gibt es verständlicherweise auch Ärger, das glaube ich, das muss man innerhalb der Grazer Verkehrsbetriebe, wenn es überhaupt noch einmal zu einer solchen Aktion kommt, einfach noch einmal besser gestalten. Die, die dort am Schalter waren, haben ihr Möglichstes getan, aber wie gesagt, mit dem Ansturm hat man bei der GVB in der Form nicht gerechnet, aber ich sage noch einmal, also man soll schauen, wie geht man da vor, aber es war als keine Sozialaktion gedacht, wobei

man aber dazusagen muss, dass sehr, sehr viele sich auch angestellt haben, die es sich nicht leisten konnten bisher, es ist ähnlich wie, und da haben wir drüber auch gesprochen, wir haben gewusst, es wird auch zum Teil Verärgerung geben, warum, ich bin immer ein Zeitkartenbenutzer, warum jetzt so? Hier geht es einfach darum, wie auch bei Telefongtarifen usw. einfach einmal Neueinsteiger zu gewinnen und ich hoffe, dass wir da nicht andere nur verdrängt haben, die schon Zeitkartenbesitzer waren, sondern dass wir auch Neue gefunden haben. Aber den Ärger hat es gegeben, den sollte es in einem Dienstleistungsunternehmen in der Form nicht geben. Werden wir das nächste Mal, falls es zu einer solchen konzentrierten Aktion kommt, auch beachten.

Motivenbericht nur schriftlich:

Zwar wurde das sogenannte Feinstaubticket zumindest von Teilen der Regierungsfractionen als grandioses Projekt gefeiert, in der Bevölkerung mehrt sich aber die Kritik an dieser Aktion. Denn ganz abgesehen vom Ärger jener StammkundInnen, die sich gefrotzelt fühlen, weil sie nicht in den Genuss einer ermäßigten Halbjahreskarte kommen können und abgesehen vom Chaos am Ausgabetag ist auch die Art und Weise der Vergabe kritisch zu hinterfragen. Das Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, ist zwar aufmerksamkeitsregend und sorgt für Schlagzeilen – es ist aber alles andere als fair und gerecht. Denn nur die wenigsten ArbeitnehmerInnen haben die Chance, sich an einem Arbeitstag stundenlang anzustellen oder das Internet zu nutzen: Für PflegehelferInnen, für VerkäuferInnen, für FließbandarbeiterInnen, um nur ein paar Beispiele zu nennen, war somit das Feinstaubticket unerreichbar. Da wäre sogar ein Verlosen noch besser gewesen.

Und noch etwas zeigt diese Aktion: Wenn sich Tausende an diesem einen Tag um Tickets anstellen, dann bedeutet das wohl, dass aus dem Empfinden der Menschen heraus die Normaltickets, was den Preis betrifft, nicht attraktiv genug sind, um auf den ÖV umzusteigen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob du bereit bist, im Falle einer Wiederholung der Aktion „Frischluftticket“ insofern eine Evaluierung durchführen zu lassen, dass eine fairere und gerechtere Vergabe dieser Tickets erfolgt und Berufsgruppen, die weder in der Dienstzeit Zugang zu Internet haben, noch sich stundenlang während der Arbeitszeit um Tickets anstellen können, eine echte Chance auf ein derartiges Feinstaubticket haben.

4) Volkstheater/Nutzung der Räumlichkeiten für Schulzwecke

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um das Volkstheater, besser gesagt, um die Nutzung der Räumlichkeiten für Schulzwecke. Sie, Herr Bürgermeister, waren ja schon im April dieses Jahres vor Ort und haben sich erkundigt, wie das ist und seit damals warten aber die Betroffenen auf eine Reaktion von Ihnen und daher die Anfrage: ob Sie bereit sind, ein Gespräch mit allen Beteiligten und Betroffenen zu initiieren, um dem Wunsch der im Fröbel-Komplex angesiedelten Schulen nachzukommen, das überaus beengte Raumangebot, unter dem die VS Hirten, die NMS Fröbel, die Zweigstelle der Ellen Key Schule und der dreigruppige Schülerhort leiden, durch die Nutzung der Räumlichkeiten des Volkstheaters für schulische Zwecke zu verbessern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie sprechen da einen wirklich ganz schwierigen Punkt an. Auf der einen Seite die Vertreter des Volkstheaters und vieler Fans, die den Theaterbetrieb sich dort einfach wieder wünschen und zweitens das Anliegen der Schule, der Pädagoginnen und Pädagogen, der Direktion nach mehr Platz, wir haben ja auch ein Gerichtsverfahren anhängig, einen Prozess, den wir einmal ruhend gestellt haben, weil wir gesagt haben, versuchen wir noch alle an einem Tisch eine Lösung zu finden. Wenn ich ganz ehrlich bin, war ich auch überrascht über den Start wieder des Volkstheaters und der Abgabe an die nächste Generation, das ist auch wieder so passiert, das heißt, wir werden in den nächsten Wochen noch einmal nachdenken, ob es nicht zu einer gemischten Nutzung kommen kann, was ich mir immer gewünscht hätte, aber der Karren ist schon, ich würde einmal sagen, sehr verfahren, ich hoffe, dass mir da eine Lösung gelingt, mit der alle leben können. Es geht ja nicht nur um den Betrieb des Theaters, sondern es geht auch um das Buffet, es geht um die Auspeisung der Kinder, die künftig oder jetzt verstärkt dort auch im Ganztagesbetrieb sind, um Freizeitmöglichkeiten und, und, und. Der Ausbau der Schule selbst ist sonst ja kaum mehr möglich, ich bin kein großer Fan vom Ausbau der Dachflächen, die wir da zur Verfügung hätten, Kinder gehören nicht in einen Dachboden. Es ist im Sommer, ob man das gut dämmt oder nicht, viel zu heiß und schon gar nicht in einem Ganztagesbetrieb. Deswegen muss uns dort noch etwas einfallen. Ich bin auch für alle Ratschläge dankbar. Vielleicht fällt uns auch ein Standort ein, wo wir das Theater aussiedeln könnten, aber bis jetzt haben wir noch nichts Adäquates gefunden. Aber vielleicht passiert da noch ein Wunder, ich habe einmal den Prozess gestoppt, es gab schon viele Vorladungen und wir haben auch nicht nur die besten Karten.

GRin. **Meißlitzer**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Aber bitte schnell, weil das Volkstheater bereits das Casting ausgeschrieben hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich weiß das, das Volkstheater will natürlich drinnen bleiben, aber wie gesagt, der Prozess wird noch länger dauern. Im Moment hat keiner was davon, ich hoffe, dass mir die Lösung gelingt. Ist ein schwieriges Thema, zieht sich jetzt mittlerweile schon ein Jahrzehnt bald hin.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im großen Fröbel-Komplex sind neben dem Volkstheater die Volksschule Hirten, die NMS Fröbel, eine Zweigstelle der Ellen Key Schule und ein Schülerhort mit drei Gruppen untergebracht. Entsprechend beengt ist das Raumangebot für die Schulen. Und das, obwohl ausreichend Platz ein entscheidender Faktor für einen modernen Unterricht ist. Nicht umsonst spricht Maria Montessori davon, dass der Raum der dritte Pädagoge sei.

Dabei könnten die Raumprobleme im Fröbel-Komplex relativ einfach auch kurzfristig gelöst werden – indem nämlich die Räumlichkeiten des Volkstheaters für schulische Zwecke genutzt werden könnten. Etwa für

- Nachmittagsbetreuung
- gemeinsame Veranstaltungen der VS und NMS
- Veranstaltungen, wie die NMS Veranstaltung - "Meine eine Welt" wären problemlos durchführbar
- zusätzliche Klassenräume (Mehrstufenmodell an der VS und NMS)
- Umsetzung der Wahlpflichtfächer (Platzproblem)
- Gruppenräume - IKL in Kleingruppen - Deutschkurs
- Schulveranstaltungen (Schultheater - musikalisches Gestalten - Instrumentalmusik) - Partnerschulen
- Ausweichräume
- Elterncafe - Spielenachmittag - Lesenachmittage mit Eltern
- Externistenprüfungen

Bereits im April dieses Jahres waren Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vor Ort, um sich über die Situation und die Möglichkeiten ein Bild zu machen, seit damals warten die Betroffenen auf Informationen, ob und inwieweit Ihre Überlegungen betreffend die Nutzung des Volkstheaters umgesetzt werden können.

Namens der SPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, ein Gespräch mit allen Beteiligten und Betroffenen zu initiieren, um dem Wunsch der im Fröbel-Komplex angesiedelten Schulen nachzukommen, das überaus beengte Raumangebot, unter dem die VS Hirten, die NMS Fröbel, die Zweigstelle der Ellen Key Schule und der dreigruppige Schülerhort leiden, durch die Nutzung der Räumlichkeiten des Volkstheaters für schulische Zwecke zu verbessern.

5) Maßnahmen zur Erhaltung der außer universitären Forschung und von Arbeitsplätzen in Graz

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Es handelt sich hierbei eigentlich um die Fortsetzung der bereits vorhin ergehenden Diskussion betreffend von dem Belastungspaket, das in Loipersdorf beschlossen worden ist und zwar ist es auch darum gegangen, dass die gesamten Mittel im Bereich der außer universitären Forschung praktisch eliminiert worden sind und in diesem Zuge natürlich auch die Arbeitsplätze in Graz gefährdet sind. Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Anfrage: Werden Sie als

Bürgermeister der unmittelbar betroffenen Forschungsstadt Graz Gespräche mit der zuständigen Wissenschaftsministerin betreffend der Weiterfinanzierung im Bereich der freien Wissenschaft führen und Maßnahmen setzen um der Eliminierung der außeruniversitären Forschung entgegenzutreten, sowie dem damit verbundenen Verlust von bestehenden und künftigen Arbeitsplätzen in Graz (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Dr. Sprachmann, auf der einen Seite bin ich ganz bei Ihnen, das wichtigste Thema neben der Kunst und den Menschenrechten ist bei uns die Wissenschaftsstadt Graz, die uns die größten Chancen und vielleicht auch die einzigen Chancen in diesem weltweiten beinharten Wettbewerb ermöglichen werden, vor allem auch für die nächsten Generationen. Ich möchte am heutigen Tag auch nicht verabsäumen, meine Verwunderung darüber auszusprechen und ein bisschen auf meine Verärgerung, dass wir einen tollen Betrieb in der Stadt Graz haben, wo wir gestern aus der Presse Roche entnehmen mussten, dass irgendjemand auf der Welt einfach wieder über 6000 Menschen ein Urteil gesprochen hat. Meine gestrige Aussendung war auch ein Schreiben in Richtung Roche, wo ich ihnen gesagt habe, das wahre Potential dieses Unternehmens sind die Mitarbeiter hier vor Ort. Zu sagen, ja denen wird eh ein Job in der Schweiz angeboten, ist deswegen grotesk, weil ich mich gut an die Eröffnung erinnern kann. Bei der Eröffnung hat man stolz darauf verwiesen, dass man alle Mitarbeiter befragt hat und weit über 80 % gesagt haben, sie wollen hier vor Ort arbeiten und nicht woanders hinziehen. Also das ist eine dramatische Geschichte, ich hoffe, dass da überhaupt noch irgendwas zu machen ist. In keinsten Weise was angedeutet, sondern einfach aus den Medien müssen es alle Verantwortlichen erfahren, ich verstehe den Ärger eines Arbeiterkammerpräsidenten, ich habe Groll auch in mir, aber ich hoffe, dass man mit diesen Herrschaften auch noch vernünftig reden kann. 6000 Menschen schon wieder betroffen, die gewaltige Produktivität zustande bringen, aber anscheinend will man es dem Standort Graz und anderen auf dieser Welt nicht vergönnen. Zu Ihrem

bewussten Antrag, ich will keine Debatte großartig auslösen, wir leiden noch immer darunter, dass wir im Universitätsbereich auch nicht jene Mittel haben, die wir vielleicht hätten, wenn wir die Gebühren hätten, da habe ich eine andere Meinung als Sie, das weiß ich, ich will das nur noch einmal anführen, vielleicht hätte da auch jemand über den Schatten springen können und sagen können, wenn besser sozial abgedeckt, dann von mir aus ja, wir werden diese Mittel anscheinend im Budget nicht kriegen, aber ich hoffe, dass diese Verhandlungen, die da angesprochen worden sind, noch etwas ermöglichen. Gerne rede ich mit der Frau Wissenschaftsministerin, ich triff die Beatrix Karl als Grazerin ja sowieso oft genug, aber sie sagt mir halt auch ihr Leiden, wie sie generell auch in der Regierung zu kämpfen hat und meine Bitte ist, dass nicht nur ich mit ihr rede, sondern dass wir auch gemeinsam mit allen Vertretern auf Bundesebene reden, ich verstehe da manche Dinge nicht, wir haben es heute eh schon bei den Dringlichen auf dem Tisch gehabt.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Rahmen der letzten Regierungsklausur wurde in Loipersdorf ein Budgetentwurf erstellt, der die gesamte Finanzierung der freien Wissenschaft und Forschung in Österreich und damit auch in Graz eliminiert.

Sämtlichen Institutionen und Einrichtungen der extra – universitären Wissenschaft wird die Existenzgrundlage entzogen und damit ein großer Teil der künftigen Forschung in Österreich und Graz lahmgelegt.

Man spricht sowohl in Österreich als auch in den deutschen Medien von einer „Auslöschung des geistigen Potentials Österreichs“.

Unterschriftenaktionen gegen diesen Kahlschlag in der Wissenschaft wurden gestartet.

Forschung ist die Basis des Potentials einer Gesellschaft, die den Wissensvorsprung und die Wettbewerbsfähigkeit am internationalen Markt gewährleistet. Gibt es sie

und diesen Wettbewerbsvorteil nicht, so leiden nicht nur Industrie und Arbeitsmarkt, sondern auch unsere Zukunft.

Aus all diesen Gründen ist es daher notwendig, den Bereich der außeruniversitären Forschung aus Budgetmitteln zu finanzieren.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Werden Sie als Bürgermeister der unmittelbar betroffenen Forschungsstadt Graz Gespräche mit der zuständigen Wissenschaftsministerin betreffend der Weiterfinanzierung im Bereich der freien Wissenschaft führen und Maßnahmen setzen um der Eliminierung der außeruniversitären Forschung entgegenzutreten, sowie dem damit verbundenen Verlust von bestehenden und künftigen Arbeitsplätzen in Graz?

6) Räumlichkeiten für Sprechstunden der Bezirksvertretungen

GRin. **Krampl** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Krampl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bist du bereit, in jenen Bezirken, die über keine Bezirksämter mehr verfügen, den BezirksvorsteherInnen beziehungsweise -stellvertreterInnen für Sprechstunden entsprechende Räume in städtischen Objekten zur Verfügung zu stellen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist ein wichtiges Thema, ich habe ja mit den Bezirksvorstehern auch gesprochen, meine Bitte ist, dass vielleicht die sich in dem Fall auch an eure Fraktion gewandt haben, dass man mir die bekannt gibt, dass ich mit denen auch Lösungen vereinbare, die sollen selbstverständlich auch die Gelegenheit haben, auch bei Einladungen, bei Bürgerversammlungen weichen wir auf andere Gebäude aus, wenn das zu disloziert sein sollte für die Bevölkerung.

Motivenbericht nur schriftlich:

Durch die Schließung von Bezirksämtern stehen nunmehr in den betroffenen Bezirken den BezirksvorsteherInnen und StellvertreterInnen für Sprechstunden keine öffentlichen Räumlichkeiten mehr zur Verfügung; Hinterzimmer von Gaststätten können jedenfalls nicht als geeignete Alternativen angesehen werden.

Daher stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, in diesen Bezirken, die über keine Bezirksämter mehr verfügen, den BezirksvorsteherInnen bzw. StellvertreterInnen für Sprechstunden entsprechende Räume in städtischen Objekten zur Verfügung zu stellen.

7) Ersatzorte für Problemstoff-Sammelstellen

GR. Mag. **Haßler** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage passt thematisch zur vorhergehenden dazu. Ich darf an Sie die Anfrage richten, ob Sie bereit sind, sicherzustellen, dass auch in jenen Bezirke, in denen es keine Bezirksämter mehr gibt, der Bezirksbevölkerung weiterhin Problemstoff-Sammelstellen zur Verfügung stehen werden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also mir ist ganz, ganz wichtig, dass wir Problemstoffsammelstellen in der Stadt Graz, auch in einer guten Erreichbarkeit haben. Die müssen nicht immer mit Bezirksämtern einhergehen. Was ich im Übrigen auf vergessen habe ist, dass ich in der Diskussion mit den Bezirksvorstehern damals sehr deutlich herausgehört habe, dass sie die Sprechstunde, wo sie irgendwo in einer Amtsräumlichkeit sitzen, kaum mehr wahrnehmen, weil heute im Zeitalter mit Handy und anderen technischen Instrumenten, die sie auch extra von uns bekommen haben, der unmittelbare Kontakt mit den Bürgern auch passiert. Das heißt, sie warten gar nicht so sehr auf die Sprechstunde, deswegen war da meine Bitte noch einmal mir zu sagen, wer das gerne hätte, weil dann kann man auch da eine individuelle Lösung ausarbeiten und wie gesagt, selbstverständlich sollen Problemstoffsammelstellen da sein. Werden wir geschäftsordnungsgemäß behandeln, damit dass noch einmal die Runde macht.

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit der Schließung von Bezirksämtern ist leider davon auszugehen, dass die betroffenen Bezirke damit in weiterer Folge auch nicht mehr über dort angesiedelte Problemstoff-Sammelstellen verfügen werden.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, sicherzustellen, dass auch in jenen Bezirke, in denen es keine Bezirksämter mehr gibt, der Bezirksbevölkerung weiterhin Problemstoff-Sammelstellen zur Verfügung stehen werden.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Neugestaltung des Hearings bei SchulleiterInnenbesetzung

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es eben um eine Neugestaltung des Hearings bei SchulleiterInnenbesetzungen. Dass Hearings stattfinden ist gut, sie geben immerhin Informationen und Einblicke in Konzepte, die Bewerberinnen und Bewerber sich überlegen, für eine Schulleitung und diese Hearings haben sich auch sehr gut etabliert. Der Ablauf eines Hearings wurde aber vor Jahren verändert und Hearings laufen in Graz jetzt so ab, dass die Bewerberinnen und Bewerber für eine Schulleitung zirka zehn Tage vor dem stattfinden des Hearings zirka drei ausgearbeitete Fragen zugeschickt bekommen, auf die sie sich vorbereiten können. Diese vorbereiteten Antworten werden dann im Hearing präsentiert vor dem Bezirksschulrat, das Kollegium des Bezirksschulrates, also die Mitglieder haben keine Möglichkeit eine Frage an die Bewerberinnen und Bewerber zu richten, es sei denn, es ist eine Verständnisfrage. Das ist eine unbefriedigende Situation für viele Kolleginnen und Kollegen und Mitglieder im Bezirksschulrat und sie ist auch deswegen unbefriedigend, weil ich halt glaube, dass es den BewerberInnen durchaus zumutbar ist, in einem gesteuerten Dialog einzusteigen mit den Mitgliedern des

Bezirksschulrates. Für eine Neugestaltung des Hearings ist das Kollegium des Bezirksschulrates zuständig und Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind der Vorsitzende des Bezirksschulrates und daher richtet sich meine Anfrage an Sie, sind Sie bereit, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Sinne des Motivenberichtes das Stadtschulamt zu beauftragen, eine Neugestaltung des Hearings für die Bestellung von SchulleiterInnen auszuarbeiten und dem Kollegium des Bezirksschulrates zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen?

Motivenbericht nur schriftlich:

Hearings sind ein durchaus taugliches Instrument, um bei der Besetzung von Führungspositionen eine gut argumentierbare Grundlage zu erhalten. Sie gewähren in der Regel Einblicke in Vorhaben und Konzepte der BewerberInnen.

Im Pflichtschulbereich haben sich Hearings zur Bestellung von LeiterInnen etabliert und stellen einen wichtigen Bestandteil des gesamten Auswahlverfahrens dar.

Der Ablauf eines Hearings wurde vor einigen Jahren verändert und läuft in Graz so ab, dass die BewerberInnen für eine Schulleitung ca. 10 Tage vor dem Hearing auf die jeweilige Schule bezogen ausgearbeitete Fragen erhalten, auf die sie sich vorbereiten können. Nach der Präsentation der Antworten vor dem Kollegium des Bezirksschulrates sind nur mehr Verständnisfragen zulässig.

Diese Situation wird als unbefriedigend erlebt, da die Mitglieder des Bezirksschulrates keine Möglichkeit haben, den BewerberInnen inhaltliche Fragen zu stellen, die für eine verantwortungsvolle Entscheidungsfindung zusätzliche Informationen bieten würden. Außerdem ist den BewerberInnen für eine Schulleitung durchaus zumutbar, sich in einem gesteuerten Dialog zu präsentieren.

Für eine Neugestaltung des Hearings ist das Kollegium des Bezirksschulrates zuständig. Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, der Vorsitzende des BSR sind, stelle ich namens meiner Fraktion folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Sinne des Motivenberichtes das Stadtschulamt zu beauftragen, eine Neugestaltung des Hearings für die Bestellung von SchulleiterInnen auszuarbeiten und dem Kollegium des Bezirksschulrates zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Postbriefkasten in der Triestersiedlung

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Und ich warte auf die Antwort seit 24. Juni, kommt das Kastl oder nicht? Was spricht die Post?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wenn ich das wüsste, aber ich habe jetzt Gelegenheit, weil ich demnächst einen Postverantwortlichen treffe und ich werde ihn auf diese Frage gleich wieder ansprechen. Es ist ein Drama, das man das dauernd überhaupt beraten muss, das gehörte normal zum Service einer Post.

GRin. **Schloffer**: Unter der Devise, gut Ding braucht Weile.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden lästig bleiben.

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 24. Juni dieses Jahres stellte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Anfrage, in der ich auf die Problematik des fehlenden Postbriefkastens in der Triestersiedlung einging und Sie ersuchte, in Gesprächen mit der zuständigen Stelle der Post eine Wiederanbringung dieses Postkastens zu fordern.

Inzwischen zeigen auch Medienberichte, dass dieses Problem viele Menschen betrifft und aufregt. Neben der Trafik Ecke Triesterstraße/Auf der Tändelwiese ist noch immer die Halterung eines ehemals montierten Briefkastens vorhanden. Genau dort sollte dringend wieder einer angebracht werden.

Jetzt ist für mich der Zeitpunkt gekommen, dass ich schon sehr neugierig darauf bin, wie das Ergebnis des Gespräches mit der Post ausgefallen ist.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Wie lautet das Gesprächsergebnis mit der Post in der Angelegenheit Postbriefkasten Triestersiedlung?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Massive nächtliche Ruhestörungen und Vandalismus in St. Leonhard

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei der letzten Bezirksversammlung in St. Leonhard sind die Wogen hochgegangen bei der Bevölkerung, es ist auch hier das gleiche Problem wie im Uni-Viertel aufgetreten. Es gibt massive nächtliche Ruhestörungen auch aufgrund von Lokalen, die bis teilweise sechs Uhr in der Früh offen haben, es gibt Vandalismus. Daher meine Anfrage an Sie: Sind Sie bereit, sich dieser Probleme der Bevölkerung in St. Leonhard auch anzunehmen und auch in diesem Bereich für einen verstärkten Polizeieinsatz eventuell zu sorgen?

Bgm. Mag. **Nagl:** Selbstverständlich, das was wir aber auch verstärken müssen, ich weiß nur nicht mit welchem Modell, ist das Reinigen auch an Samstagen und an Sonntagen, weil wenn du in der Früh am Sonntag aus dem Haus gehst und es ist alles voller Scherben und Pizzas und alles, was es da so Schönes gibt, dann verstärkt es den katastrophalen Eindruck noch einmal. Wie wir das allerdings schaffen, dass wir das mit den Gehsteigen zusammenbringen, wo wir nicht zuständig sind, ist ein Thema, an dem ich auch gerade arbeite, weil immer weniger Hausmeister, die da sind, immer diese Firmen, die dann nur im Wochenrhythmus etc. kommen und nie aktuell auf das eingehen, lässt mich gerade darüber nachdenken, welches System wir da anbieten könnten auch den Hauseigentümern, dass das täglich in der Früh passiert, bevor die Menschen wieder auf die Straße kommen, die Bewohner, die dort sind. Aber selbstverständlich, auch was diese anderen Straßenzüge anbelangt, werde ich in die Polizeiberatungen mitaufnehmen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufgrund der letzten „Aktion scharf“ seitens der Polizei wurde die Situation in der Elisabethstraße – zumindest vorübergehend – etwas beruhigt. Leider hat sich das oben genannte Problem laut Anrainerberichten bei der letzten Bezirksversammlung

in St. Leonhard in die umliegenden Straßenzüge, vor allem Beethovenstraße, Leonhardstraße und Merangasse, verlagert.

Aufgrund langer Lokalöffnungszeiten – zum Teil bis sechs Uhr morgens - sind die Bewohner und Bewohnerinnen massiven nächtlichen Lärmbelästigungen ausgesetzt. Hinzu kommen Verschmutzungen von Gehwegen und Hauseingängen durch Glasscherben und Exkremete sowie Vandalismus. Die Situation ähnelt sehr den bisherigen Gegebenheiten in der Elisabethstraße, und die Bewohnerinnen und Bewohner fordern daher eine Ausweitung der Polizeipräsenz in den Bereich zwischen Elisabethstraße und Leonhardstraße.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich der Probleme der Bürgerinnen und Bürger in den obengenannten Straßenzügen im Bezirk Leonhard anzunehmen und dort für mehr Polizeipräsenz in den Nachtstunden zu sorgen?

11) Nachbesetzung der Stelle der Frauenreferentin der Stadt Graz

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Stelle der Frauenreferentin der Stadt Graz so rasch als möglich ausgeschrieben und nachbesetzt wird?

Bgm. Mag. **Nagl**. Der Kollege Rüschi und ich haben das schon besprochen und das wird umgehend ausgeschrieben.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Frauenreferat der Stadt Graz ist als Servicestelle für Frauen eine wichtige Einrichtung und leistet wertvolle Arbeit im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Auch wenn die Mitarbeiterinnen des Frauenreferats die anfallenden Aufgaben sehr gut erfüllen, ist es dringend erforderlich, die Stelle der Frauenreferentin nachzubesetzen.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Stelle der Frauenreferentin der Stadt Graz so rasch als möglich ausgeschrieben und nachbesetzt wird?

12) Druckknopfampel Karlauer Gürtel/Möbelhaus Lutz

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, genau um diese Fußgängerdruckknopfampel geht es. Da kommt es zu überlangen Wartezeiten. Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich dieser Sache anzunehmen und gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz eine Verbesserung der Situation herbeizuführen?

Motivenbericht nur schriftlich:

Wiederholt beschweren sich Grazerinnen und Grazer über überlange Wartezeiten bei der Druckknopfampel am Karlauer Gürtel. Ein Lokalausweis bestätigte die Kritik: Die Wartezeiten für die Fußgänger sind außerordentlich lang, was dazu führt, dass zahlreiche PassantInnen die Straße bei „rot“ überqueren.

Dies ist sicherlich nicht im Sinne der Verkehrssicherheit und der Bevorzugung der FußgängerInnen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

A n f r a g e :

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereit, sich diese Sache anzunehmen und gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen der Stadt Graz eine Verbesserung der Situation herbeizuführen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Universitätsviertel, Sperrstundenregelung

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bist du bereit, in den zuständigen Beratungsgremien des Städte- und Gemeindebundes gegenständliche Problemstellung vorzutragen und im Sinne des Motivenberichtes nachhaltig auf die Notwendigkeit einer Kompetenzverschiebung zugunsten der Gemeinden hinzuweisen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist ein nicht so einfaches Thema. Wir haben das ja sehr ausführlich auch mit den Juristen aus dem betroffenen Viertel auch besprochen, dass der Ball nicht hin- und hergeschupft werden kann. Weil beim einen geht es um eine Landeskompetenz generell eine Sperrstunde für einen ganzen Bereich zu verordnen, auf der anderen Seite haben wir die Möglichkeit von Seiten der Gemeinde aus jeweils mit einem einzelnen Verfahren zu überprüfen, was da an Ruhestörungen vorkommt und haben dann die Chance, den einzelnen Betrieb mit der Sperrstundenverringerung oder mit der Sperrstundenregelung dann zu treffen, das ist hin- und hergegangen. Nachdem es halt auch gegenüber Wirten, die nachweisen können, dass sie den Lärm nicht vor ihrer Türe haben und nicht provozieren, zu einer Ungerechtigkeit käme, weil die dort auch investiert haben, sind wir im Moment eher dabei, diese Einzelverfahren pro Betriebsstandort zu prüfen und dann auch die Entscheidungen herbeizuführen. Ich werde es aber noch einmal überprüfen lassen und dir auch schriftlich Antwort geben, aber das ist, wie gesagt, der größte Konflikt. Wir gehen jetzt so vor, wir prüfen im einzelnen Verfahren und sagen nicht einfach, Herr Landesrat oder Frau Landesrätin, du bist zuständig, verordne das gleich für ein ganzes Viertel, das wird sowieso, glaube ich, nicht so leicht stattfinden, weil es auch ungerecht gegenüber Betrieben wäre, die vielleicht gar keine Lärmverursacher wären.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das aktuelle Erscheinungsbild des Grazer Universitätsviertels in den späten Nacht- bzw. frühen Morgenstunden legt schonungslos die politischen Fehler der Vergangenheit offen.

Leider sind nun aber zahlreiche Anrainer, die teilweise am Ende ihrer nervlichen Belastungsfähigkeit angekommen sind, die Hauptleidtragenden dieser Fehlentwicklungen, die hauptsächlich aus politischer Sorglosigkeit resultieren.

Um aber künftig Nutzungskonflikte zu verhindern, um die Straf-, Aufsichts- und Kontrollbehörden zu entlasten und um den betroffenen Bewohnern sowie den Gastronomiebetreibern von Beginn an Rechtssicherheit und zumutbare Wirtschafts- und Wohnverhältnisse zu garantieren, erscheint es sinnvoll, den Kompetenz- und Regelungsbereich, eine Sperrstunde nach 02:00 Uhr und eine Aufsperrstunde vor 6:00 Uhr festzulegen, den Gemeinden zuzuweisen. Da aber eine Kompetenzabgabe des Landes an eine Gemeinde landesverfassungsrechtlich nicht vorgesehen ist, scheint dies rechtlich unmöglich zu sein.

Anders liegt die Rechtslage bei der Gastgarten-Sperrzeitenregelung gem. § 76 a (neu) GewO. Hier hat der Bundesgesetzgeber die Bürgermeister ermächtigt durch Verordnungen die Sperrzeiten zu regeln. Natürlich ließe sich analog anregen, ein solches Regulierungselement auch für alle übrigen 'Lokale' vom Land zu derogieren. Allerdings kann dies der Landeshauptmann oder der Landesgesetzgeber nicht, weil es sich im konkreten Fall um eine Bundeskompetenz handelt.

Da aber der aktuelle rechtliche Besitzstand ständigen Evaluierungen und Anpassungen zu unterziehen ist, wobei die kommunalen Vertretungskörperschaften durchaus impulsgebend wirken können, richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Bist Du bereit, in den zuständigen Beratungsgremien des Städte- und Gemeindebundes gegenständliche Problemstellung vorzutragen und im Sinne des Motivenberichtes nachhaltig auf die Notwendigkeit einer Kompetenzverschiebung zugunsten der Gemeinden hinzuweisen?

14) Wenig kundenfreundliche Bedienungsmodalitäten der GVB Fahrscheinautomaten

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Leidiges Problem, nachdem ich seit drei Wochen gezwungenermaßen sehr viel mit der GVB unterwegs bin, Fahrscheinautomaten, Anfrage an dich. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bist du bereit, mit den zuständigen Personen der Grazer Verkehrsbetriebe ein eindringliches Gespräch zu führen, um in dessen Rahmen auf die komplizierten Bedienungsmodalitäten der Fahrscheinautomaten sowie auf die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Datenevaluierung hinzuweisen? Ziel dieses Gespräches sollte es sein, die Entscheidungsträger der Grazer Verkehrsbetriebe dazu zu bewegen, den Einsatz dieser Automaten kritisch zu hinterfragen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bin ich ganz bei dir, das ist schon geschehen. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, dass aufgrund von Softwareprogrammierungen in Wahrheit auch die ganze GVB da, ich sage, schon wochenlang in den Zeitungen negative Schlagzeilen gehabt haben. Es ist einfach ein Softwarehersteller, der es bis heute nicht ganz geschafft hat, die Fehler da in Ordnung zu bringen. Ich habe sogar schon die Vorstände gebeten, darüber nachzudenken, überhaupt andere Modelle einzusetzen und mit diesem Hersteller oder mit diesem Programmierungsunternehmen nicht mehr zusammenzuarbeiten. Das ist gerade in einer sehr kritischen Prüfungsphase, da versuchen wir, ordentlich Dampf zu machen.

Motivenbericht nur schriftlich:

Aus bekannten Umständen bin ich seit einiger Zeit gezwungen in verstärktem Maße die Dienstleistungen der Grazer Verkehrsbetriebe in Anspruch zu nehmen. Leider musste ich im Zuge dessen wiederholt feststellen, dass die neuen Fahrscheinautomaten sehr störungsanfällig sind und im Wesentlichen zwei Negativschwerpunkte aufweisen.

Zum einen sind sie vor allem für ältere Menschen äußerst kompliziert zu bedienen und zum anderen fallen sie mit auffälliger Häufigkeit aus. So ist es mir beispielsweise auf der Strecke vom Jakominiplatz bis zur Arbeiterkammer – trotz redlicher Absicht und trotz nachhaltigen Bemühens – während der gesamten Fahrtdauer nicht gelungen, einen gültigen Fahrschein zu lösen. Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Bist du bereit, mit den zuständigen Personen der Grazer Verkehrsbetriebe ein eindringliches Gespräch zu führen, um in dessen Rahmen auf die komplizierten Bedienungsmodalitäten der Fahrscheinautomaten sowie auf die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Datenevaluierung hinzuweisen? Ziel dieses Gespräches sollte es sein, die Entscheidungsträger der Grazer Verkehrsbetriebe dazu zu bewegen, den Einsatz dieser Automaten kritisch zu hinterfragen.

15) Nebenkosten der Straßenrenovierung St. Peter-Hauptstraße

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei mir geht es um die St.-Peter-Hauptstraße. Im Zuge der Renovierungsarbeiten rund um die St.-Peter-Hauptstraße erwachsen der Stadt Graz auch Kosten, die im Zusammenhang mit PR- und Informationsmanagement entstanden sind. Nun hat es sich aber zugetragen, dass zahlreiche betroffene Anrainer angaben, nicht entsprechend über die tatsächliche Dimension des Bauvorhabens informiert worden zu sein. Da es natürlich zweckmäßig ist, den getätigten finanziellen Aufwand in ein konkretes Verhältnis zu den erzielten Erfolgen zu setzen, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende Anfrage: Wie hoch waren die Kosten, die der Stadt Graz im Sinne des Motivenberichtes im Zuge der Umbau- und Sanierungsarbeiten der St.-Peter-Hauptstraße erwachsen sind?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Das ist für die Betroffenen dort vor Ort, vor allem für die Unternehmer und Unternehmerinnen eine wahrliche Prüfung und Herausforderung. Ich möchte noch einmal betonen, es handelt sich um ein Landesstraßenbauvorhaben, wo wir uns als Stadt Graz auch sehr stark mit eingebracht haben mit den Experten, mit dem Herrn Dipl.-Ing. Fischer, um dort auch eine bestmögliche Koordination zustande zu bringen. Die Länge dieses Bauvorhabens ist unter anderem auch deswegen begründet, weil wir einen Kanal mit einem Durchmesser von über zwei Meter dort in der Erde versenken, das ist, wie gesagt, ein enormes Bauvorhaben, geht ja fast mehr als eineinhalb Jahre lang. Ich kann das jetzt nicht konkret beantworten. Ich wollte Ihnen das nur dazusagen, werde schriftlich auch die Summen an Sie geben.

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Zuge der Renovierungsarbeiten rund um die St.-Peter-Hauptstraße erwachsen der Stadt Graz auch Kosten, die im Zusammenhang mit PR- und Informationsmanagement entstanden sind.

Nun hat es sich aber zugetragen, dass zahlreiche betroffene Anrainer angaben, nicht entsprechend über die tatsächliche Dimension des Bauvorhabens informiert worden zu sein. Da es natürlich zweckmäßig ist, den getätigten finanziellen Aufwand in ein konkretes Verhältnis zu den erzielten Erfolgen zu setzen, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Wie hoch waren die Kosten, die der Stadt Graz im Sinne des Motivenberichtes im Zuge der Umbau- und Sanierungsarbeiten der St.- Peter- Hauptstraße erwachsen sind?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Erfüllung des Behinderteneinstellungsgesetzes 2009 im Bereich der Graz AG

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht unter anderem vor, dass alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer nach Beschäftigungsschlüssel mindestens eine begünstigte behinderte Person einstellen. Ich komme gleich zur Anfrage: Herr Bürgermeister, in welcher Höhe wurde mit Stichtag 31.12.2009 die Einstellungspflicht gemäß Behinderteneinstellungsgesetz im Bereich der gesamten Graz AG, samt Tochterunternehmen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung erfüllt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich gehe davon aus, dass wir das nicht nur erfüllen, sondern überfüllen, aber die genauen Zahlen habe ich nicht, deswegen wird es geschäftsordnungsgemäß erledigt.

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht u.a. vor, dass alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer (Beschäftigungsschlüssel) mindestens eine begünstigte behinderte Person einzustellen.

Gerade die öffentlichen Dienststellen gehen jedoch – zum großen Ärger der davon betroffenen behinderten Menschen – trotz ihrer zweifelsohne vorhandenen Vorbildwirkung nicht mit gutem Beispiel voran, sondern kommen zumeist in erschreckend hohem Ausmaß ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Einstellungspflicht nicht nach. Dies ist auch eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosenrate von behinderten Menschen, welche bereits mehr als 35 % erreicht hat. Die Grazer Stadtverwaltung erfüllt diese Behinderteneinstellungsverpflichtung. Die städtischen Unternehmen wie die Graz AG. hingegen nicht.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

A n f r a g e :

In welcher Höhe wurde mit Stichtag 31.12.2009 die Einstellungspflicht gemäß Behinderteneinstellungsgesetz im Bereich der gesamten Graz AG (samt

Tochterunternehmen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung durch die Graz AG oder die Stadt Graz) erfüllt?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. **Schröck**: Ich nehme an, dass auch die zwei anderen Anfragen aufgrund der detaillierten Fragen und umfassenden Fragen geschäftsordnungsgemäß erledigt werden, deswegen darf ich das abkürzen und nur die Überschrift verlesen, Herr Bürgermeister.

17) Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz im Jahr 2010

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

Angesichts des horrenden Schuldenstandes der Stadt Graz sind Selbstbeweihräucherungen mittels PR-Inseraten der Stadt vollkommen unangebracht und entsprechen auch nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigen Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

Anfrage:

1. Welche Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien wurden von der Stadt Graz, Ihnen, den Mitgliedern der Stadtregerung und

- sämtlichen Dienststellen in der Zeit zwischen 1.1.2010 bis einschließlich 31.10.2010 aufgegliedert nach Medium, Informationszweck, Informationsart, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben), Rechtsgrundlage und amtsinterne Auftraggeber gesetzt?
2. Welche Druckkostenbeiträge haben Sie, die Mitglieder der Stadtregierung und die Dienststellen der Stadt Graz in der Zeit zwischen 1.1.2010 bis 31.10.2010 aufgegliedert nach Medium, Zweck, Art, Rechtsgrundlage, Kosten (inklusive Steuern und Abgaben) und amtsinterne Auftraggeber gesetzt?
 3. Wer, welcher Mitarbeiter, welche Dienststelle waren innerhalb der Stadt Graz im Jahr 2010 für die Anordnung, Bestellung und Abwicklung von Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien, Druckkostenbeiträge und die Erstellung von allfälligen Inseratensujets, PR-Texten verantwortlich?
 4. Welche Aktivitäten planen sie noch im Jahr 2010 bzw. im Jahr 2011?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Aufträge der Stadt Graz für externe Berater

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

Es ist zum allgemeinen Leidwesen bekannt, dass öffentliche Institutionen für verschiedenste Projekte externe Berater auf Steuerzahlerkosten heranziehen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Graz auf ein hervorragendes Potential von Expertinnen und Experten in allen Bereichen der Stadtverwaltung zurückgreifen kann, ist das Heranziehen externer Berater eine reine Steuergeldverschwendung.

Obwohl in allen Amtsbereichen der Stadt fachlich hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufgaben jeglicher Bereiche zur Verfügung stehen, ist nicht auszuschließen, dass die Stadtregierung externen Unternehmungen Berateraufträge zukommen hat lassen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

Anfrage:

1. Von welchen externen Beratern (Einzelpersonen, Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Agenturen etc.) wurden Sie, Ihr Bürgermeisteramt, die Mitglieder der Stadtregierung, die Stadt Graz und alle Dienststellen vom 1.1.2010 bis 31.10.2010 beraten, welche Expertisen wurden in dem genannten Zeitraum in Auftrag gegeben bzw. welche einschlägigen Dienstleistungsverträge wurden in Auftrag gegeben?
2. Aus welchem Grund wurden in dem unter Frage 1 genannten Zeitraum externe Beratungen hinzugezogen, wurden Expertisen bzw. wurden Dienstleistungsverträge in Auftrag gegeben?
3. Wer exakt gab den Auftrag für allfällige unter Frage 1 genannte externe Beratungen, Expertisen bzw. Dienstleistungsverträge?
4. Wie lautet die exakte Beauftragung (Vertrag) für die unter Frage 1 genannten Beratungen und allfälliger in Auftrag gegebener Expertisen und Dienstleistungsverträge?
5. Gab es innerhalb der Stadt Graz und seiner Dienststellen keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieselbe Beratungsleistung bzw. Expertise erbringen konnten, wie die in der Frage 1 genannten und beauftragten Berater, „Experten“ und Dienstleister? Wenn nein, warum nicht?

6. Wie hoch waren die für die Stadt Graz zu tragenden Kosten für die unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen (exakte Aufstellung)?
7. Erfolgte Ausschreibungen für die von der Stadt Graz von 1.1.2009 bis 31.10.2010 in Auftrag gegebenen Beratungen und Expertisen? Wenn nein, warum nicht?
8. Welchen exakten Inhalt hatten diese unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen bzw. zu welchen Schlussfolgerungen und Empfehlungen kamen diese?
9. Mit welcher exakten budgetären Bedeckung wurden die in der Frage 1 genannten Beauftragungen jeweils abgerechnet?
10. Planen Sie, die Mitglieder der Stadtregierung sowie allfällige Dienststellen der Stadt Graz die Beauftragung von externen Beratern und Experten? Wenn ja, wann, wofür, welche und mit welchen zu erwartenden Kosten?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem das Verlesen allein dieser Anfrage längere Zeit in Anspruch genommen hat, darf ich nur noch einmal darauf hinweisen, dass vor allem die Anfrage betreffend Aufträge der Stadt Graz für externe Berater eine Dissertation unserer Beamtenschaft nach sich ziehen wird. Das ist aus meiner Sicht, das hätte man sicherlich auch etwas verdichten können, das wird gar nicht möglich sein, das in der vorgesehenen Frist zu beantworten, weil du das heute auch einmal gesagt hast, dass die Anfragebeantwortungen über ein Jahr dauern, wer eine Frage stellt, wir versuchen das immer hinzukriegen, der Aufwand, den wir mit diesen Dingen haben werden, würde mich, auch wenn ich politisch dann wahrscheinlich einiges

auszuhalten habe, fast dazu zu verleiten, zu sagen, ich möchte es nicht beantworten, weil das uns so binden wird. Aber ich werde das im Detail noch...

GR. **Schröck**: Wirst du das sagen oder möchtest du das nur sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also jetzt sage ich einmal, es wird geschäftsordnungsgemäß erledigt werden, was wir da antworten wird ein bisschen das auch sein, was ich da gesagt habe, weil es ist unglaublich, das ist, wenn ich das auf das Gesamtunternehmen mit 7.500 Menschen beziehe, eine Jahresarbeit. Da steckt eine Manpower drinnen, ich denke mir, das wesentliche Fragen einfacher zu stellen wären in der Dichte scheint mir das wieder so ein bisschen das zu sein, auch von den Punkten her, wie der Kollege Grosz es von den Bundesanträgen her auch geschrieben hat. Ich bitte einfach das zu verstehen, dass man das in der vorgesehenen Frist nicht einmal...

GR. **Schröck**: Ich bin natürlich zuversichtlich, dass du auch diese Anfrage in der Prägnanz und Kürze, wie die anderen Anfragen beantworten wirst. Nehme aber zur Kenntnis, dass diese Anfrage sicher länger dauern wird zu beantworten, was aber in Anfragen, die ich schon vor einem Jahr mittlerweile gestellt habe, deren Ausmaß und Beantwortung sicherlich nicht so lange dauern würde, nicht der Fall war und deswegen war dieser Vergleich...

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden beide geschäftsordnungsgemäß erledigen und noch einmal beraten, in welcher Dimension wir das bearbeiten können. Werde Rücksprache mit dir dann halten.